



Der hausgemachte Krippennotstand

CHRISTIAN WEBER

Die linke Kinderkrippen-Industrie vernichtet Krippenplätze. Auch im Bereich der Kinderkrippen ist Privatinitiative zu ermöglichen und zu fördern anstatt abzuwürgen.

Der Bund hat 200 Millionen Franken für die Anstossfinanzierung von Kinderkrippen bereitgestellt. Dieses Geld gibt es aber — richtigerweise — nicht „gratis“. Gemeinden, welche von den Bundesmitteln profitieren wollen, müssen sich ebenfalls an den Kosten für die Krippen beteiligen. Dieses Modell ist deshalb sinnvoll, weil damit nur ernsthafte Projekte finanziert werden. Daraus nun aber zu schliessen, dass der Mangel an Krippenplätzen bloss eine Folge des Finanzierungsschlüssels sei, wäre völlig falsch. Tatsache ist nämlich, dass in den letzten Wochen und Monaten verschiedene Kinderkrippen ihre Tore schliessen mussten; nicht weil sie unrentabel gewesen wären oder zu wenig Kinder gehabt hätten, sondern weil sie von einem Tag auf den anderen schlicht illegal waren.

Illegale Grossmütter

Im Bereich der Kinderkrippen hat in den letzten Jahren eine drastische Reglementierung stattgefunden. In den meisten Kantonen braucht es eine anerkannte Ausbildung, damit man in einer Krippe Kinder betreuen kann. Hinzu kommen detaillierte Regelungen über die Anzahl Kinder pro Betreuerin usw. Dies hatte zur Folge, dass zahlreiche — insbesondere private — Krippen verschwinden mussten, obwohl das Personal die Betreuung seit Jahren zur vollsten Zufriedenheit aller ausführte.

Die Linke hat hier einmal mehr einen Bereich gefunden, der sich vorzüglich verstaatlichen lässt. Unter dem Deckmantel der Qualität wurde die staatlich reglementierte, kontrollierte und finanzierte Krippenindustrie aufgezogen. Den Gipfel der Absurdität leistet sich der Kanton Bern. Hier braucht sogar die Grossmutter eine Bewilligung, wenn sie das eigene Grosskind regelmässig mehrmals wöchentlich betreut — sonst macht sie sich strafbar. Dies ist die endgültige Pervertierung des Reglementierungswahns.

Ohne Ausbildung keine Kinder?

Beängstigend ist insbesondere auch das Menschenbild, das hinter dieser Überreglementierung steckt. Der Gesetzgeber geht nämlich davon aus, dass Eltern ihre Kinder in irgendeiner Krippe „deponieren“ würden, ohne darauf zu achten, wie die Kinder betreut werden. Die Kinder müssen also gewissermassen vor ihren eigenen Eltern „geschützt“ werden. Dies dann mit dem Titel „Familienpolitik“ zu versehen, spottet jeder Beschreibung. Der nächste Schritt ist bereits absehbar: Kinder kriegen darf man nur noch nach entsprechender Ausbildung, also z.B. als Eidg.dipl. Mutter oder lic.vater.

Weniger wäre mehr

Auch im Bereich der Kinderkrippen ist Privatinitiative zu ermöglichen und zu fördern anstatt abzuwürgen. Anstatt auf ein Übermass an Regeln ist endlich wieder auf den gesunden Menschenverstand und auf die Urteilsfähigkeit der Eltern zu setzen. Nur so kann die aktuelle Krippen-Verhinderungspolitik gestoppt werden.

Juni 2005

